

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS
Herr Benno Bühlmann
Direktor
Monbijoustrasse 51A
3003 Bern

Frauenfeld, 29. November 2016

Bericht zur Zukunft der Alarmierungs- und Telekommunikationssysteme für den Bevölkerungsschutz

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Direktor

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zum Bericht über die Zukunft der Alarmierungs- und Telekommunikationssysteme für den Bevölkerungsschutz und äussern uns dazu wie folgt:

I. Ausgangslage

Im Schweizer Bevölkerungsschutz und Zivilschutz ist in den nächsten Jahren mit verschiedenen Weiterentwicklungen im Bereich der Alarmierungs- und Telekommunikationssysteme, aber auch bei den Schutzbauten und der Ausbildung zu rechnen. Einzelne Projekte umfassen insbesondere Beschaffungen in den Bereichen Informatiktechnologie. Alle diese Projekte dürften Bund und Kantone gemeinsam betreffen; einige davon ziehen zudem beträchtliche Investitionen nach sich. Insbesondere die Finanzplanung der Kantone erfordert zwingend, dass möglichst frühzeitig und umfassend über Inhalte und Kosten der entsprechenden Projekte transparent informiert wird. Nur so wird in diesen Bereichen eine vorausschauende Planung der Kantone möglich. Insofern bemängeln wir am vorliegenden Bericht, dass die Kostenschätzungen nicht transparenter ausgewiesen werden und für einzelne Vorhaben sogar gänzlich fehlen. Es geht immerhin um Beträge in hoher dreistelliger Millionenhöhe. Für die Themen Polyalert, Radio-Notsendenetz des Bundes / Polyinform, Alertswiss und Handyalarm liegen überhaupt keine Kostenschätzungen vor.

II. Priorisierung

Aus Sicht des Kantons Thurgau stimmt die im Bericht eingeschlagene Stossrichtung bezüglich Priorisierung der einzelnen Projekte, wobei unseres Erachtens die Dringlichkeit der

2/5

prioritär anzugehenden Vorhaben Sicheres Datenverbundnetz / Polydata und Lageverbund sowie die Schaffung der Grundvoraussetzungen für ein System für drahtlose Breitbandkommunikation zu wenig klar hervorgehoben wird. Die Bevölkerung erwartet gerade in einem Krisenfall zu Recht, dass Führung und Kommunikation funktionieren. Das für die Entscheidungsträgerinnen und -träger in den Kantonen zentrale Kapitel der Priorisierung unter Ziff. 6 des Berichts ist im Gehalt und in der Aussage zu unscharf ausgefallen. Die fehlende Transparenz in der Kostenschätzung und die eher knappe Darstellung einzelner Projektinhalte (z.B. die Fähigkeiten von Polydata) lassen die im Bericht angeführte Priorisierung als fraglich erscheinen. Wir schlagen daher folgende Prioritätenordnung vor:

1. Priorität 1

Sicheres Datenverbundnetz (SDVN)

Hoch verfügbare, stromsichere nationale Verbindungen sind eine Voraussetzung für die effiziente und erfolgreiche Ereignisbewältigung. Das System ist so zu realisieren, dass es auch im Alltag zum Einsatz gelangen kann. Die Umsetzung des SDVN ist im Schlussbericht zur Sicherheitsverbundübung 2014 (SVU 14) als notwendig und prioritär eingestuft worden.

Drahtlose Breitbandkommunikation (dBBK)

Die dBBK-Funkfrequenzen für einen Ausbau des dBBK in der Phase 2 sollten dringend in einer ersten Priorität reserviert werden. Eine Vergabe an private kommerzielle Anbieterinnen und Anbieter muss verhindert und die Handlungsfreiheit für die Umsetzung gesichert werden.

Polydata

Viele Funktionalitäten werden bereits durch das Kommunikationsnetz Bundesverwaltung-Kantonalverbund (KomBV-KTV) abgedeckt. Es ist zu prüfen, ob Synergien genutzt werden können. Ob Polydata möglich oder sinnvoll ist, kann jedoch aufgrund der im Bericht aufgeführten Informationen nicht abschliessend beurteilt werden.

VULPUS-Ersatz

Auf die Funktionalitäten im Zusammenhang mit der Alarmierung der Bevölkerung kann aus Sicht des Kantons Thurgau nicht verzichtet werden. Ein VULPUS-Ersatz könnte eventuell in Polyalert integriert werden, was auch betriebliche Vorteile mit sich bringen würde, da die Sirenenauslösung und die Alarmierung der Bevölkerung miteinander zusammenhängen. Für die übrigen kantonalen Anwendungsfälle von VULPUS müssen Alternativen gesucht werden. Wichtig ist allerdings, dass VULPUS nicht von einem Tag auf den anderen abgeschaltet wird, auch wenn eine Lösung für die Funktionalität der Alarmierung ge-

3/5

funden und realisiert worden ist. Die Kantone müssen genügend Zeit haben, um Alternativen zu suchen und die Prozesse anzupassen.

Lageverbund

Eine kantonsübergreifende Sicht der Lage ist für eine effiziente Ereignisbewältigung von hoher Bedeutung, was sich auch im Rahmen der SVU 14 deutlich zeigte. Es sollen jedoch keine neuen Systeme beschafft, sondern die bestehenden Lagesysteme mit marktüblichen Plattformen verknüpft werden.

2. Priorität 2

dBBK

Der Bedarf für ein solches System tritt mehrmals pro Jahr auf. Dies gilt vor allem bei Grossereignissen und Grossanlässen. Zudem existieren in der Schweiz zahlreiche Gebiete, die von kommerziellen Mobilfunkanbieterinnen und -anbietern nicht versorgt werden und in denen die Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS) zum Einsatz gelangen.

3. Verzicht

Auf die übrigen im Bericht angeführten Projekte kann aus Sicht des Kantons Thurgau bis auf weiteres verzichtet werden.

III. Kommentare zu einzelnen Kapiteln

1. Verwendung des Führungsnetzes Schweiz für zivile Anwendungen (S. 13 f.)

In der Schweiz besteht bereits ein Führungsnetz der Armee. Es stellt sich für uns daher die Frage, warum nicht auf diesem Netz basiert werden kann. Der Bericht führt Erklärungen an, warum dies angeblich nicht gehen soll. So würde das Führungsnetz Schweiz bei Stromausfall für die Einsätze der Armee zwar noch zur Verfügung stehen, die Verbindungen zu Standorten der zivilen Nutzerinnen und Nutzer jedoch ausfallen, da ein erheblicher Teil dieser Standorte nicht gegen Stromausfall gehärtet sei. Da die BORS auf dauernd funktionierende Systeme angewiesen sind, benötigen sie auch einen Support rund um die Uhr. Wir bedauern, dass nicht dargestellt wird, wie eine Erweiterung des Führungsnetzes Schweiz auf zivile Bedürfnisse erfolgen und sich hier Synergien ergeben könnten.

2. Sicheres Datenverbundnetz (SDVN) und Polydata (S. 18-21)

Bei SDVN und Polydata handelt sich um zwei verschiedene Systeme. Sie sind daher getrennt zu beurteilen. Im Bericht wird indessen vorgegeben, dass SDVN ohne Polydata keinen Sinn mache. Dies müsste zusätzlich erläutert werden. Das SDVN stellt im Weiteren leistungsfähige Verbindungen zur Verfügung und ist widerstandsfähig gegenüber Strom-

4/5

ausfällen und Cyber-Angriffen. Die Konsequenzen solcher Ereignisse sind für die Ereignisbewältigung durch die BORS und deren Partnerinnen und Partner gravierend. Aus diesem Grund ist das SDVN prioritär zu behandeln und zeitverzugslos zu realisieren. Aus Sicht des Regierungsrates ist der Werterhalt SDVN durch den Bund, ohne Beteiligung der Kantone, zu finanzieren. Der Kanton Thurgau ist weder gewillt noch in der Lage, die im Anhang 2 zum Bericht veranschlagten Kosten von jährlich Fr. 147'000.– zu tragen.

3. Meldungsvermittlungssystem VULPUS-Telematik (S. 21 f.)

Die VULPUS-Telematik ist ein kryptologisch gut geschütztes Mailsystem mit speziellen Masken für einen definierten, geschlossenen Benutzerkreis - im zur Diskussion stehenden Fall vornehmlich zwischen den Behörden. Der Kanton Thurgau setzt VULPUS im Rahmen der Alarmierung der Bevölkerung, der Alarmfahndung und dem Übermitteln des Zustands von nationalen Netzbetreibern (z.B. SBB, Swisscom oder Swissgrid) ein. Ein adäquater Ersatz des heutigen Systems muss zwingend umgesetzt und realisiert werden.

4. Lageverbund Schweiz (S. 26 f.)

Wir anerkennen den im Bericht beschriebenen Nutzen eines Lageverbundes Schweiz. Dabei dürfen jedoch die für den Föderalismus wesentlichen Kompetenzen und Zuständigkeiten nicht in Frage gestellt werden. Wir erachten zudem die Kosten von 50 Mio. Fr. als sehr hoch. Auch bei diesem Projekt müssten die Kosten detaillierter ausgewiesen und all-fällige bereits im Einsatz stehende Systeme sowie der entsprechende Markt berücksichtigt werden.

5. Polysat (S. 28 f.)

Trotz der im Bericht aufgeführten Vorteile von Polysat (Anbindung an internationale Plattformen und Organisationen, Redundanz zu SDVN) könnte aus unserer Sicht zumindest im Moment auf dieses System verzichtet werden.

6. Weiterentwicklung Alertswiss (S. 33 f.)

Polyalert wird zum Kernsystem ausgebaut, um die Redaktion von Textnachrichten zu ermöglichen. Dieses Kernsystem leitet die Nachrichten dann an verschiedene Ausgabekanäle weiter, unter anderem auch an die Alertswiss-App. Wir begrüßen, dass das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) seit Februar 2015 eine Webseite unter der Bezeichnung Alertswiss zur Information und zur persönlichen Vorsorge und Notfallplanung unterhält. Dass die ebenfalls eingeführte App eine Funktion zur Warnung und Alarmierung der Bevölkerung enthalten soll, kann ebenfalls nützlich sein und stellt eine sinnvolle Ergänzung zum bestehenden System mit Sirenen und Radio dar. UKW-Radio wird für die Versorgung der Schutzräume indessen mittelfristig nicht mehr zur Verfügung stehen, da die dafür benötigten Empfangsgeräte in der Bevölkerung nicht mehr vorhanden sind. Polyalert

5/5

wird auch Radiosendungen mit DAB+ unterstützen. Massnahmen, die dem System Radio DAB+ zum Durchbruch verhelfen, sind daher aus unserer Sicht erwünscht.

7. Ressourcierung (S. 40 f.)

Die im Kapitel Aufteilung der Kosten skizzierte Ausgangslage ist für uns zu wenig aussagekräftig. Die Zuständigkeiten und damit verbunden auch die Finanzierung sind im Rahmen der anstehenden Revision des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG; SR 520.1) zu klären und verbindlich zu regeln.

Für die weiteren Einzelheiten gestatten wir uns, auf die gemeinsame Stellungnahme der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RKMZF) vom 17. November 2016 zu verweisen, der wir uns vollumfänglich anschliessen.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Der Staatsschreiber